

Menschen ernst nehmen



Am 26. Februar hat der Deutsche Bundestag den Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan verlängert und erweitert. Auch ich habe dem Antrag der Bundesregierung zugestimmt. Dies habe ich gemacht, weil die Bundesregierung viele Forderungen der SPD in den Antrag hat einfließen lassen und weil ich der Überzeugung, dass diese Mandatsverlängerung richtig ist. Ich komme aus einer Soldatenfamilie und wohne in Munster, einem der größten Bundeswehrstandorte Deutschlands. Ich war mir also der Tragweite der Entscheidung bewusst, als ich meine Stimme am 26. Februar im Bundestag abgegeben habe.

Wir Abgeordneten schicken mit unseren Stimmen unsere Frauen und Männer in den Einsatz. Auch 1200 Soldaten aus Seedorf werden im Laufe des Jahres ihren Einsatz in Afghanistan ableisten, dort helfen, dass wir unsere Ziele erreichen. Die Anstrengungen, den Druck, die Entbehrungen welcher sich die Soldaten aussetzen, wird viel zu selten in der Öffentlichkeit gewürdigt und kam auch dieses Mal in der parlamentarischen Diskussion zu kurz. Ich halte es für richtig, dass wir uns am Einsatz in Afghanistan beteiligen. Ich halte es aber für noch viel wichtiger, dass wir uns damit öffentlich auseinandersetzen, was solche Einsätze für die Menschen und ihre Angehörigen bedeuten, die nach Afghanistan gehen. Wir brauchen eine öffentliche, generelle Diskussion über die Auslandseinsätze. Und da sind alle Parlamentarier, aber vor allem die Bundesregierung, welche die Anträge für Auslandseinsätze einbringt, in der Pflicht.

Es ist meine Überzeugung als Politiker, dass wir die relevanten Themen wie-der mehr mit den Menschen diskutieren müssen. Am Beispiel des Afghanistanengagements kann man sehen, wie das Vertrauen der Bevölkerung in den letzten Jahren verspielt wurde, weil keine öffentliche Debatte zugelassen wurde. Politik entscheidet zu oft in Hinterzimmern und bewegt sich zu oft auf der Ebene „Alles was die anderen machen ist schlecht“. Das durch-schauen die Menschen und sie wollen wieder mehr Mitspracherecht und mit ihren Anliegen ernst genommen werden. Die katastrophale Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl zeigt, dass viele Menschen das Vertrauen in die demokratischen Institutionen verlieren. Ich bin daher in meinem Wahlkampf unter dem Motto „Neue Wege“ angetreten.

Neue Wege bedeuten für mich, dass wir die politischen Debatten wieder raus in die Bevölkerung, auf die Straße, in die Wohnzimmer bringen müssen. Zu oft wird mittlerweile gesagt: „Ach die da oben machen doch eh was sie wollen“. Damit dürfen wir Politiker uns nicht zufrieden geben. Ich will wieder auf die Menschen zu gehen, ich will mit Ihnen ins Gespräch kommen und ich will die politische Diskussion öffentlich führen. Daher habe ich im Wahlkampf angefangen, Tagespraktika in Unter-nehmen in meiner Region zu machen. So war ich unter anderem bei der Polizei zur Nachtschicht, habe im Tiefbau geholfen und habe in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung gearbeitet. Wenn man den ganzen Tag in einem Betrieb verbringt, bekommt man ein Gefühl für die Probleme und Sorgen der Menschen. Politik kann nicht jedes Problem lösen, aber oft sind kleine Anstöße die Auslöser für große Veränderungen. Wenn ich mit den Menschen rede, merke ich, dass sie gerade von Politikern Eines erwarten: Ernst genommen zu werden. Da geht es oft um die individuellen Sorgen und Probleme. Aber auch die großen Themen wollen die Menschen diskutieren.

Was mich als jungen Abgeordneten besonders betroffen macht, ist die geringe Wahlbeteiligung der jungen Generation. Aus vielen persönlichen Gesprächen weiß ich, dass die Jugend politisch interessiert ist und sich einbringen will. Die parteipolitische Veranstaltung in der Dorfkneipe strahlt jedoch oft nicht genügend Attraktivität aus. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir auch hier neue Wege gehen müssen. Daher benutze ich neben den klassischen Wegen, wie Bürgersprechstunden, Ortsverein-Treffen (auch in der Kneipe) – welche ich immer noch als zentral betrachte – auch neue Medien, um mit den Menschen in Kontakt zu treten. Die Nutzung von Facebook, Twitter und Youtube gehört für viele Menschen zum Alltag, daher sollten auch wir Politiker auf diese Kanäle nicht verzichten und uns mit dem Menschen austauschen. Als zuständiger SPD-Abgeordneter freue ich mich, in den nächsten vier Jahren viele Menschen im Altkreis Bremervörde zu treffen, und mit möglichst vielen Bürgern interessante Gespräche zu führen.

Lars Klingbeil, SPD-Bundestagsabgeordneter